

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTE - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTICH
INSPIRIEREND
S&G

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G



Medienmüde? ...
... dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend ab 19.45 Uhr

HAND-EXPRESS

DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

~ AUSGABE 3/16 ~

INTRO: Wir dulden keinen Widerspruch

Um den Jahreswechsel gab es heftige Schelte für die neue Regierung Polens wegen ihrer Gesetzesänderungen beim Verfassungsgericht und im Mediengesetz. Polens Außenminister Waszczykowski erklärte, dies solle Fehler der Vorgängerregierungen korrigieren: „Als müsse sich die Welt ... automatisch in nur eine Richtung bewegen – zu einem neuen Mix von Kulturen und Rassen, eine Welt aus Radfahrern und Vegetariern, die nur noch auf erneuerbare Energien setzen und gegen jede Form der Religion kämpfen. Das hat mit traditionellen polnischen Werten nichts mehr zu tun.“ Der Spiegel-Kolumnist J. Augstein kommentierte dies am 4.1. mit den Worten: „Zwischen Ost und West ist ein Kulturkampf im Gange. Und es ist Zeit für eine bittere Erkenntnis: Den westlichen Werten Liberalismus, Toleranz, Gleichberechtigung stehen östliche Unwerte gegenüber – Rassismus, Ignoranz,

Engstirnigkeit.“ Hören wir den Unterton der Intoleranz im Namen der Toleranz? So lautet in Wahrheit die Botschaft: Wir dulden keinen Widerspruch. Wer unsere Weltsicht nicht teilt, sollte gemäßregelt oder ausgeschlossen werden. Im Fall Polens liest sich das bei Augstein dann so: „Wir sollten überlegen, mit welchem unserer Nachbarn wir ein einiges Europa bauen wollen. Die Polen gehören eher nicht dazu.“ Wir dulden keinen Widerspruch, das könnte man auch über viele andere Themen schreiben, sei es beim Einsatz der deutschen Bundeswehr, der Meinungsäußerung, der Russland-Berichterstattung, in der Bildungspolitik oder in der Medienberichterstattung über Saudi-Arabien und andere pro-westliche Diktaturen. Diese Bestrebungen, Widerspruch abzuschaffen, werden also 2016 konkreter. Nutzen wir die Chance zum berechtigten Einspruch dagegen umso intensiver. Die Redaktion (sl.)

Polen wählt nationalkonservativ – EU erwägt Sanktionen

ro. Ende Oktober kam es in Polen zu einem Regierungswechsel. Als Wahlsieger ging die nationalkonservative PiS* hervor, die die liberal-konservative OP** ablöste. Während diese demokratische Entscheidung in den deutschen Medien bereits tendenziös begleitet wurde („Rechtsruck“, „Rückfall“), so stand nun eine Reform des Verfassungsgerichtes in der Kritik von Politikern und Medien. Doch was genau hat die polnische Regierung unternommen? Durch die neue Reform sollen Richter ihre Entscheidungen künftig mit Zweidrittelmehrheit treffen statt wie bisher mit einfacher Mehrheit. Des Weiteren müssen 13 der 15 Verfassungsrichter dabei anwesend sein. Zuvor reichten 9 von 15 aus. Reaktion der deutschen Medien: Polen entmachtet sein Verfassungsgericht! Reaktion seitens der EU: Die EU-Kommission werde die polnische Regierung vorladen und die Vorgänge genau prüfen. Notfalls müsse die EU auch Sanktionen verhängen,

wenn die polnische Regierung ihren Kurs nicht korrigiere – so der ehemalige EU-Ratsvorsitzende Asselbloem. Warum die Reaktion der EU so heftig ausfällt, ist auf den ersten Blick nicht ersichtlich. Sicher, die Gerichtsverfahren im Verfassungsgericht werden länger dauern und es wird schwieriger, politische Entscheidungen rechtlich auszuhebeln. Doch wird hier mit zweierlei Maß gemessen. Denn die politischen Entscheidungen der EU können ebenfalls nur mit hohen Hürden wieder rückgängig gemacht werden. Daher geht es wohl eher darum, dass nur wenige in der EU das Sagen haben sollen, egal, was eine nationale Regierung oder ein Volk für richtig hält. Einspruch ist nicht erwünscht. [1]

*Prawo i Sprawiedliwość (deutsch: Recht und Gerechtigkeit), gemäßigt EU-skeptisch, nationalkonservativ, christ-demokratisch

**Obywatelstwa Platform (deutsch: Bürgerplattform), EU-orientiert, liberal-konservativ

Krieg ohne Bundestagszustimmung

ag. Die militärische Mobilmachung an den Ostgrenzen Europas läuft auf vollen Touren. Im Juni trainierte die NATO in Polen den Blitzeinsatz. Auch gibt es Berichte über die Verlegung schwerer Waffen, Bomber, Panzer und Geschütze ins Baltikum. Die zeitlich und örtlich schnell einsatzbereite NATO Response Force soll auf 40.000 Mann aufgestockt werden. Ein Krieg gegen den „Aggressor Russland“ wird militärisch damit jederzeit möglich. Juristisch gibt

es jedoch die Hürde der Zustimmung des Bundestages zu jedem Auslandseinsatz, die ungewiss ist. So entwarfen V. Rühle (CDU) und W. Kolbow (SPD) eine Neudefinition des „Einsatzbegriffes“. Der Bundestag soll nur noch über „bewaffnete Kampfeinsätze“ entscheiden dürfen. Verschleiert man zum Beispiel einen Einsatz in der Ukraine als „Ausbildungsmission“, wäre in Zukunft kein Mandat des Bundestages mehr nötig. General Breedlove, der US-Ober-

kommandant der NATO, will Einheiten wie die Speerspitze künftig für „Übungs- und Ausbildungsmissionen“ in Eigenregie abkommandieren. Im Klartext heißt dies: Die Entscheidungshoheit des Bundestags über den Einsatz deutscher Truppen wird umgangen. Die Führungsrolle in Sachen Krieg und Frieden geht an die US-geführte NATO, ausgerechnet an jene, die einen Krieg nach dem anderen überall in der Welt anzetteln! [2]

Neue Gesinnungswächter

rsb. Am 21.10.2015 sprach die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf dem Gewerkschaftstag der IG-Metall vor ungefähr 500 Delegierten. Sie lobte die Zusammenarbeit und hob deren große gesellschaftliche Verantwortung hervor, teilte öffentlich deren Ziele und sagte der Gewerkschaft ihre Unterstützung zu. Drei Tage später forderte der neue IG-Metall-Chef Jörg Hofmann* in einem Interview, dass

Fortsetzung Seite 2

Quellen: [1] www.faz.net/aktuell/politik/ausland/polen-die-eu-muss-handeln-13982997.html www.spiegel.de/politik/ausland/polen-eu-kommission-schickt-brandbrief-nach-warschau-a-1069427.html | [https://de.wikipedia.org/wiki/Verfassungsgerichtshof_\(Polen\)#cite_note-12](https://de.wikipedia.org/wiki/Verfassungsgerichtshof_(Polen)#cite_note-12) [2] Compact-Magazin 8/2015 Artikel: Panzersprung nach Sagan von Marc Dassen | www.compact-online.de/panzersprung-nach-sagan-dem-deutschen-parlament-die-vorbehaltsrechte-entziehen <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-06/ruehe-kommission-bundeswehr-parlamentskontrolle>

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!

Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter! Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzartikel an SuG@infopool.info

Fortsetzung von Seite 1

die Firmen Arbeitnehmer entlassen sollten, die sich öffentlich rassistisch oder menschenfeindlich geäußert haben. „Wer hetzt, der fliegt“ ist dabei sein Motto. Den Aussagen der Medien zufolge fallen darunter bereits kritische Äußerungen gegenüber der Asylpolitik der Bundesregierung. Durch diese Aufforderung werden die Arbeitgeber zu Gesinnungswächtern und Richtern ihrer Angestellten erhoben.

Solch ein Vorgehen ist mit den Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaats nicht vereinbar. [3]

*ist aktuell in der Chefetage von Daimler und Bosch

„Wer immer die Freiheit einer Nation abschaffen möchte, muss damit beginnen, die Redefreiheit zu unterdrücken.“

Benjamin Franklin
Verleger, Schriftsteller,
Staatsmann (1706-1790)

Westen leistet Beihilfe zum Massenmord

dd./cs. Im Jemen herrscht Bürgerkrieg. Anhänger des aktuellen Präsidenten Hadi, der von Saudi-Arabien, anderen arabischen Staaten und der USA unterstützt wird, bekämpfen die Huthis, die mit Jemens Ex-Präsidenten Saleh sympathisieren. Selbst Amnesty International – sonst für pro-westliche Berichterstattung bekannt – sprach von erschütternden Beweisen für Kriegsverbrechen der saudischen Truppen im Jemen. Zusätzlich zeigte Belkis Wille von der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch auf, daß die Saudi-Koalition Luftschläge gegen Zivilisten im Jemen durchführt. Neben Marktplätzen wurde u.a. Eine Huthi-Hochzeitgesellschaft

Propaganda-Offensive gegen Putin

ms. In Osteuropa wird gerade ein massives Mediennetz gegen Wladimir Putin aufgebaut. Dahinter steht nicht nur die NATO, sondern auch die EU mit einer antirussischen PR-Abteilung – der „East Strat Com Task Force“. Ihr Ziel: „Das Vorantreiben der politischen EU-Ziele in der östlichen Nachbarschaft“. Dazu kommt, dass westliche Regierungen gemäß der Auskunft des Deut-

schen Bundestages sog. „unabhängigen“ Journalisten in Osteuropa die Aus- und Weiterbildung finanzieren. Osteuropa wird so immer mehr zu einem Spielball von NATO-Militärs und EU-Politikern, die dort westliche Steuergelder ausschütten, um mit einer gelenkten Presse eine russlandfeindliche Stimmung zu entfachen. [4]

Bertelsmann-Stiftung nutzt Stasi-Methoden

af./sl. Die deutsche Bertelsmann-Stiftung und die schweizerische Jacobs-Stiftung verfolgen beide das Ziel, im Bildungswesen Reformen durchzusetzen. In einer Schrift von Bertelsmann, „Die Kunst des Reformierens“, gibt die Stiftung Politikern eine genaue Anleitung, wie man Reformprozesse gegen den Willen der Bürger durchsetzt, wie „veto-players“ (Gegenspieler) auszuschalten sind, wie man ihren Zusammenhalt schwächt und destabilisiert.

Zitat: „Ein geschickter Partizipationsstil* zeichnet sich dadurch aus, dass flexible und neue Formen der Inklusion** das Widerstandspotenzial aufzubrechen versuchen. Reformen können auch so konzipiert werden, dass sie manche Interessengruppen begünstigen und andere benachteiligen, um so eine potenziell bombardiert, wobei 135 Zivilisten starben.

Für Friedhelm Klinkhammer* und Volker Bräutigam** – die wegen Nachrichtenunterdrückung eine Programmbeschwerde gegen die ARD einreichten – findet ein Massenmord an den Huthis durch die von den USA unterstützten saudischen Truppen statt. Die US-Regierung, welche die

geschlossene Abwehrfront zu verhindern.“

So gerät das Bertelsmann-Papier in die Nähe der bekannten Geheimdienst-Richtlinie 1/76 des Staatssicherheitsdienstes der DDR, die eine Anleitung zur Zersetzung oppositioneller Gruppen gibt. Dort heißt es: „Maßnahmen der Zersetzung sind auf das Hervorrufen sowie die Ausnutzung und Verstärkung solcher Widersprüche bzw. Differenzen zwischen feindlich-negativen Kräften zu richten, durch die sie zersplittert, gelähmt, desorganisiert und isoliert und ihre feindlich-negativen Handlungen einschließlich deren Auswirkungen vorbeugend verhindert, wesentlich eingeschränkt oder gänzlich unterbunden werden.“ [6]

*(scheinbare) Teilhabe

***(scheinbare) Einbeziehung

Luftangriffe Saudi-Arabiens logistisch unterstützt, Waffen und Streubomben liefert, leiste „Beihilfe zum Massenmord“. Ebenso wie die deutsche Bundesregierung, die Waffenlieferungen an Saudi-Arabien genehmigte. [7]

*langjähriger Gesamtpersonalvorsitzender des Norddeutschen Rundfunks NRK

** ehemaliger Tagesschau-Redakteur

Medienberichterstattung gegen Russland

ro. Der Medienkrieg zwischen Moskau und dem Westen wird nicht nur in Osteuropa geführt. Die Jahresbilanz für 2015 ergab: In keinem anderen westlichen Land liegt die Anzahl negativ gefärbter Artikel so hoch wie in Deutschland.

Die Wortwahl einiger Schlagzeilen-Beispiele lässt dieses bereits deutlich anklingen: „Putins Gotteskrieger“, „Albtraum Russland“, „Putin – der Überrasche“, „Gestern Partner, heute Feind“ oder „Russland ist kein Bär, sondern eine Sau, die ihre Jungen auffrisst“. In Zahlen ausgedrückt: Von 7.687 erfassten Publikationen stellten 5.236 Russland in einem negativen Licht dar. Dies entspricht fast 70 %. Hochgerechnet erscheinen knapp 15 negative Russland-Artikel in der deutschen Medienlandschaft pro Tag. Offensichtliches Ziel des Ganzen: Russland als konkretes Feindbild in den Köpfen der deutschen Leser zu verankern. [5]

Schlusspunkt •

Wer nicht selbst bald auch gemäßregelt und ausgeschlossen werden will, erhebe sich jetzt zusammen mit uns. S&G-Vernetzungstreffen finden im Januar und Februar im gesamten deutschsprachigen Raum statt. Die Völker brauchen Stimme und Gegenstimme!
Die Redaktion (sl.)

Quellen: [3] www.deutschlandfunk.de/ig-metall-chef-joerg-hofmann-wer-hetzt-der-fliegt.868.de.mhtml?dram:article_id=334950 | www.wsws.org/de/Articles/2015/10/22/igme-o22.html [4] <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/enthuellungen/markus-maehler/mit-deutschen-steuergeldern-eu-propaganda-ministerium-gegen-moskau.html> | <http://dip.bundestag.de/btd/18/064/1806486.pdf> [5] <http://de.sputniknews.com/Panorama/20151210/306349137/berichterstattung-russland-negativ.html> | <https://deutsch.rt.com/inland/36056-ultimate-mainstreammedien-bild/> [6] <http://tinyurl.com/googlebooks-KdR> [7] www.kla.tv/7341 | <https://deutsch.rt.com/18849/international/saudi-arabien-setzt-geachtete-und-von-den-usa-gelieferte-streubomben-gegen-jemen-ein/> | <https://deutsch.rt.com/33041/international/jemen-bericht-ueber-saudischen-luftangriff-mit-135-toten/>

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 16.1.16

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktion:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

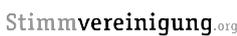
Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage

Abonnentenservice: www.s-und-g.info

Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen

Österreich: AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan

Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein



www.anti-zensur.info

www.klagemauer.tv

www.panorama-film.ch

www.stimmvereinigung.org

www.agb-antigenozidbewegung.de

www.sasek.tv